

## BERICHTE

ANNA NOWECK / MICHAEL HÖRTER /  
JOHANNES J. FRÜHBAUER

### Freiheit – Sicherheit – Risiko. Christliche Sozialethik vor neuen Herausforderungen Bericht über das 18. Forum Sozialethik (08.–10.09.2008) in der Kommende Dortmund

29 Teilnehmer aus ganz Deutschlands sowie aus Österreich und den Niederlanden diskutierten unter dem Titel ‚Freiheit – Sicherheit – Risiko‘ die in diesem Themenfeld entstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen für die Christliche Sozialethik. Die fachübergreifende Perspektive, die Vorträge von Referenten aus den Politikwissenschaften sowie der Philosophie in die Auseinandersetzung einbrachten, befruchtete die Debatte in besonderem Maße. Bemerkenswert war auch die erstmalige Teilnahme evangelischer Kollegen.

*Johannes J. Frühbauer* (Augsburg) eröffnete die Vortragsreihe mit einer inhaltlichen Grundlegung des Freiheitsbegriffs und etablierte damit die Basis für die nachfolgenden Konkretionen der Begriffe Freiheit, Sicherheit und Risiko in verschiedenen Bereichen der sozialetischen Reflexion. Frühbauer konzentrierte sich vor dem Hintergrund der Mehrdimensionalität des Begriffs ‚Freiheit‘ auf den für den sozialetischen Kontext entscheidenden Begriff der sozialen bzw. politischen Freiheit und versuchte, in der Synthese der zeitgenössischen Konzepte dazu eine Definition dieser zu gewinnen.

Die politisch-ethische Auseinandersetzung nahm ihren Auftakt mit der ideengeschichtlichen Einführung in die Staatsmodelle von Hobbes und Kant durch *Andrea Keller* (Hamburg), die aus philosophischer Perspektive den je unterschiedlichen Stellenwert von Freiheit und Sicherheit in den beiden Modellen herausstellte. Während es für Thomas Hobbes die erste Aufgabe des Staates ist, für die Sicherheit der Untertanen zu sorgen, und dieses Ziel gegebenenfalls der Freiheit des Einzelnen untergeordnet wird, setzt Kant die Freiheit der Bürger an erste Stelle. Freiheit darf bei Kant nur um der Freiheit willen, zum Zweck einer Freiheit in Rechtsicherheit beschnitten werden. Bis heute bleiben diese unterschiedlichen Sichtweisen von Aufgaben und Grenzen staatlicher Macht relevante Grundlage für die Diskussion von Freiheit und Sicherheit im Staat.

Im Rekurs auf diesen Hintergrund zog der Politikwissenschaftler *Oliver Hidalgo* (Regensburg) die Verbindung zur Gegenwart und warnte vor der ‚Rückkehr des Leviathan‘ durch die Zerstörung der labilen Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zugunsten eines überbordenden Sicherheitsbedürfnisses. Hidalgo zeigte auf, dass Demokratien angesichts des Phänomens des Terrorismus zu Überreaktionen neigen, die durch die reale Bedrohung bisher nicht gerechtfertigt werden können. Dies verstärkte sich durch die heute

vorherrschende Form des globalisierten Terrorismus und dessen hohes Zerstörungspotenzial. Beim Bestreben des demokratischen Rechtsstaates, sich gegen diesen Terrorismus zu schützen, drohe das Gespür für Ausnahme und Norm verloren zu gehen, sodass die Prävention über das Recht gestellt und die Freiheit im Zweifel der Sicherheit geopfert werde. Damit schlug Hidalgo den Bogen vom ideengeschichtlichen Rückblick in die Gegenwart der politischen Ethik.

Freiheit und Sicherheit im Kontext des ‚Just War against Terror‘ war Thema des Vortrags von *Christoph Baumgartner* (Utrecht). Er stellte den Ansatz der US-amerikanischen Ethikerin Jean Bethke Elstain vor, nach deren Ansicht die USA ihrer Verantwortung für die Welt nur durch das Führen von gerechten Kriegen zur Wiederherstellung einer stabilen Ordnung gerecht werden können. Baumgartner konzentrierte sich vor allem auf die Rolle von Freiheit und Sicherheit in Elstains Argumentation und setzte diese in Bezug zu ihrem Rückgriff auf Augustinus‘ Überlegungen zum gerechten Krieg. Kritisch sah Baumgartner, dass Elstain den USA das alleinige Recht zur Beurteilung und zur Ausführung von gerechten Kriegen zuerkennt. Zudem orientiere sie ihre Theorie an der Wirklichkeit, anstatt darüber zu reflektieren, inwieweit sich die Wirklichkeit durch alternative Theorien gestalten lassen könne.

In einem zeitgleichen zweiten Forum fragte *Veronika Bock* (Freiburg), ob ‚Zur Not ein bisschen Folter‘ möglich sei. Auch sie argumentierte vor einem Szenario mutmaßlich terroristischer Bedrohung und wog die Bedrohung der Sicherheit von Massen gegen die Freiheitsberaubung eines einzelnen Terrorverdächtigen ab. Vor diesem Hintergrund stellte die Referentin Winfried Bruggers Ansatz vor, in derartigen Situationen die Absolutheit des Folterverbots zu relativieren und Folter von Staates wegen einzusetzen. Bock selbst dagegen sprach sich für ein ausnahmsloses Folterverbot aus und stellte die unmittelbaren sowie langfristigen psychosozialen Folgen von Folter in den Mittelpunkt ihrer sozialetischen Argumentation. Sie betonte die Gefahr des Dammbrochs in Form einer Ausweitung der Einzelsituation in ganze Bereiche, in denen Folter einsetzbar werde, und verwies auf die entstehende Verunsicherung bei der Beachtung der unumstößlichen Würde jeder einzelnen Person.

Die Rolle der Religion im Zusammenspiel von Freiheit, Sicherheit und Risiko untersuchte *Katja Winkler* (Münster). Die Zunahme der Präsenz der Religion in der Weltgesellschaft, wie wir sie aktuell erleben, scheint für die Frage von Krieg und Frieden von großer Bedeutung zu sein. Häufig werden religiöse Gründe für die sogenannten ‚neuen Kriege‘ genannt, wie die Debatten um den religiösen Fundamentalismus und den religiös motivierten Terrorismus zeigen. Um diese Konflikte analysieren, beurteilen und lösen zu können, ist es entscheidend, die Rolle der Religion in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu klären. Winkler stellte die unterschiedliche Stellung der Religion bei Samuel Huntington und Martha Nussbaum vor: Während Huntington die Religion vorrangig als Sicherheitsrisiko betrachtet und genuin religiös begründete Konflikte annimmt, die auf unüberbrückbaren weltanschaulichen Differenzen beruhen, sieht Nussbaum in der Religion – trotz ihrer Instrumentalisierbarkeit zur Gewalt – einen stabilisierenden zivilgesellschaftlichen Faktor.

Aus dem Bereich der Technikphilosophie brachte *Oliver Simoneit* (Stuttgart) schließlich die Frage nach den ethischen Implikationen ein, welche die Möglichkeiten technisch hochentwickelter Gesellschaften – insbesondere hinsichtlich einer neuen Qualität von Überwachungsmöglichkeiten – mit sich bringen. Sind diese Systeme auf eine umfassende Datenerfassung angewiesen, um die neuartigen adaptiven Sicherheitsleistungen erbringen zu können, generieren sie damit zugleich Potenziale des Missbrauchs erfasster Datenbestände. Technischer Fortschritt schafft damit nicht nur neue, erweiterte Handlungsoptionen und Möglichkeiten, sich gegen vorhandene Risiken abzusichern, sondern erzeugt selbst wiederum neue Risikopotenziale. Zur Lösung dieses Dilemmas führte Simoneit die Kategorie des Vertrauens als Regulativ im Einsatz von Überwachungstechnologien ein und plädierte für eine maßvolle Balance von Vertrauen und Kontrolle.

Der zweite Schwerpunkt der Tagung lag im medizinethischen Bereich, den *Christian Spieß* (Münster) eröffnete. Mit seinem Vortrag über die ethische Verantwortbarkeit bestimmter Verfahren im Bereich der Organspende wie Cross-over-Spenden und finanzielle Anreize für Lebendorganspenden kritisierte er die restriktive deutsche Praxis, die pro Sicherheit der potentiellen Spender und damit gegen die Freiheit für eben diese agiert, und stieß damit eine spannende Diskussion an. Spieß zeigte auf, dass das Verhältnis von Freiheit, Sicherheit und Risiko im Fall der Transplantationsmedizin sehr stark im Sinne einer staatlichen Schutzpflicht ausgelegt wird. Die Debatte wird insofern kompliziert, als die Vertreter einer restriktiven – also einer offenkundig eher an Sicherheit denn an Freiheit orientierten – Position ihrerseits auf das Selbstbestimmungsrecht bzw. die Autonomie jener Personen verweisen, denen jeweils Organe entnommen werden sollten, also ebenfalls zumindest teilweise klassisch-liberal argumentieren.

Der evangelische Sozialethiker *Alexander Dietz* (Heidelberg) thematisierte im Anschluss daran die Gefährdungen von Freiheit und Sicherheit am Beispiel der Ressourcenallokation im Gesundheitswesen und stellte die aktuelle Diskussion verschiedener Modelle zur Umgestaltung des Sozialstaates vor. Die hinter den Denkansätzen stehenden konkurrierenden Weltanschauungen grenzte der Referent durch die unterschiedliche Füllung und Zuordnung der Kategorien Freiheit, Sicherheit und Risiko voneinander ab. Dabei stellte er den Bezug zu den Verhältnisbestimmungen von Autonomie und Menschenwürde sowie von Solidarität und Eigenverantwortung her und versuchte schließlich, konkrete gesundheitspolitische Fragestellungen abzuleiten.

Die medienethische Dimension im Feld von ‚Freiheit – Sicherheit – Risiko‘ behandelte *Edeltraut Koller* (Linz) in ihrem Vortrag zur politischen Sicherheitsrhetorik in den Medien, die sie als Aufgabe sozialetischer Auseinandersetzung markierte. Sie betonte die relative Dimension des Sicherheitsbegriffs und zeigte dabei die Ambivalenz von Sicherheit zwischen der Funktion einer Prämisse für die Entfaltung von Gestaltungsoptionen und der Funktion der möglichen Limitierung von Freiheitsräumen auf. Anhand aktueller Beispiele belegte sie die Verbindung der Verwendung des Sicherheitsbegriffs mit Angstrhetorik und wies auf die paradoxe Wirkung eines latent wachsenden Unsicherheitsgefühls hin. Eine gründliche öffentliche, politische Diskussion dagegen wird, so Koller, mit dem ‚Totschlagargument‘ des Sicherheitsbedürfnisses untergraben.

Schließlich standen wirtschaftsethische Themen im Fokus zweier Foren. *Arnd Küppers* (Freiburg) stellte die Kritik der sogenannten Insider-Outsider-Theorie am Arbeitsrecht vor, die dem gegenwärtigen Arbeitsrecht den Schutz der Besitzstände der Arbeitnehmer auf Kosten der Arbeitslosen vorwirft. Ist die Sozialethik gehalten, sich mit dieser „neuen sozialen Frage“ auseinanderzusetzen, so darf dabei die überkommene Form der sozialen Frage als Opposition von Arbeit und Kapital nicht übergangen werden: „Es geht in der Tat um eine Neubestimmung von Freiheit und Sicherheit im Arbeitsrecht.“ Zum Ziel der Durchbrechung der verhärteten interessenpolitischen Fronten plädierte Küppers für eine Unterscheidung zwischen ordnungsethischen Grundsatzfragen und der ordnungspolitischen Reformdiskussion im engeren Sinne.

*Franz Gassner* (Wien) thematisierte ambivalente Erfahrungen moderner Freiheit im Hinblick auf Konsummentalitäten und -verhalten und entwickelte angesichts dieser konkreten gesellschaftlichen Herausforderungen Perspektiven aus bedürfnisethischer Sicht. Gassner bezog sich auf den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung und fragte, ob die Vergrößerung individueller Freiheitsräume mit einer Ausweitung entsprechender Verantwortungsfelder einhergehe. Gerade im Blick auf das Handeln des Einzelnen und seine Bedürfnisse im Bereich des Konsums forderte er dabei eine kritische sozialetische Reflexion ein, um eine gerechtere Welt zu etablieren.

Nach drei Tagen spannender Vorträge, engagierter Debatten und intensiven wissenschaftlichen Austausches ging das 18. Forum Sozialethik zu Ende. Der Tagungsband *Freiheit – Sicherheit – Risiko. Christliche Sozialethik vor neuen Herausforderungen* sam-

melt die Beiträge der Referentinnen und Referenten und ist mit einem Vorwort von Erzbischof Reinhard Marx im Aschendorff-Verlag erschienen. Das Forum Sozialethik 2009 wird sich mit dem Thema ‚Anthropologie und Christliche Sozialethik‘ auseinandersetzen. Es tagt vom 14. bis 16. September 2009 in der Kommende Dortmund. Weitere Informationen sind auf der Website [www.forum-sozialethik.de](http://www.forum-sozialethik.de) zu finden.